

Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

Engpässe im Stromnetz in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Engpassregionen es im Stromnetz im Land gibt und wo diese liegen;
2. wie sie die Situation des Stromnetzes im Land hinsichtlich zunehmender Engpassregionen bewertet;
3. ob und auf welche Weise sie die Situation und Leistungsfähigkeit des Stromnetzes im Land beobachtet und inwieweit sie diesbezüglich im Austausch mit den Netzbetreibern des Übertragungsnetzes wie auch des Verteilnetzes ist;
4. von wie vielen und welchen geplanten und bestehenden Freiland-PV-Anlagen, Windparks und auch größeren Dach-PV-Anlagen sie Kenntnis hat, deren Anschluss an das Stromnetz nicht kurzfristig möglich ist, bzw. bei denen der Anschluss erst in einem Zeitraum von mehr als einem halben Jahr nach Fertigstellung in Aussicht gestellt wird;
5. von wie vielen und welchen geplanten und bestehenden Gewerbeparks und Industrieansiedlungen sie Kenntnis hat, deren Anschluss an das Stromnetz nicht kurzfristig möglich ist, bzw. bei denen der Anschluss erst in einem Zeitraum von mehr als einem halben Jahr nach Fertigstellung in Aussicht gestellt wird;
6. von wie vielen und welchen geplanten und bestehenden öffentlichen und privaten Ladeparks für Kraftfahrzeuge und Ladeparks insbesondere für LKW sie Kenntnis hat, deren Anschluss an das Stromnetz nicht kurzfristig möglich ist, bzw. bei denen der Anschluss erst in einem Zeitraum von mehr als einem halben Jahr nach Fertigstellung in Aussicht gestellt wird;
7. wie sich die Genehmigungssituation bei der Erweiterung bestehender und dem Bau neuer Umspannanlagen der Netzbetreiber darstellt (Verfahrensdauer, Hinderungsgründe, Wirkung bereits vorgenommener Gesetzesänderungen mit Vorrang von Anlagen der Energieversorgung als Anlagen von überragendem öffentlichem Interesse etc.);
8. von wie vielen und welchen geplanten Batterie-Großspeichern (über 50 MWh) sie Kenntnis hat, deren Anschluss an das Stromnetz nicht kurzfristig möglich ist, bzw. bei denen der Anschluss erst in einem Zeitraum von mehr als einem halben Jahr nach Fertigstellung in Aussicht gestellt wird;
9. welche Dauer derzeit das Genehmigungsverfahren eines neuen Umspannwerkes oder eine wesentliche Erweiterung eines Umspannwerkes aufweist und welche Möglichkeiten einer Beschleunigung sie sieht;
10. welches die wesentlichen Gründe für den langsamen Ausbau und Neubau von Umspannwerken und Anschlusspunkten sind und welche Anstrengungen unternommen werden, um diesen entgegenzuwirken (Lieferengpässe und Wartezeiten bei Bauteilen aus dem Ausland, andere Lieferschwierigkeiten, Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Kapitalknappheit der Netzbetreiber, Personalknappheit etc.);

11. welche Aktivitäten sie bislang entfaltet, um die Engpasssituation im Stromnetz des Landes zügig zu beseitigen;
12. welche Änderungen landes- und bundesrechtlicher Regelungen sie als Möglichkeit einer Beschleunigung der Verbesserung der Engpasssituation betrachtet.

4.8.2026

Dr. Weirauch, Binder, Dr. Kliche-Behnke, Dr. Fulst-Blei, Sigg SPD

Begründung

Der Netzausbau hinkt zunehmend dem Bedarf von Stromerzeugern wie auch Stromverbrauchern hinterher. So übersteigen in vielen Regionen des Landes die Anschlussbegehren von geplanten Gewerbeparks, Batteriespeichern oder Erzeugern wie Windparks und großen PV-Anlagen die Anschlusskapazitäten bei weitem.

Betroffen sind beispielsweise auch Anschlussbegehren von Ladeparks für elektrische PKW und LKW. In vielen Fällen müssen Umspannwerke eigens errichtet oder bestehende modifiziert oder erweitert werden. So werden Investoren für den benötigten Anschluss teilweise um etliche Jahre vertröstet, was faktisch für die beabsichtigte Investition das Aus bedeutet.

Diese Engpässe bremsen sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die Energiewende aus, weshalb auch das Land aktiv werden muss, damit diese Engpässe zügig beseitigt werden. Hinzu kommt, dass zusätzliche Kapazitäten an Wind- und Solarenergie wie auch Batteriespeicher den derzeit notwendigen und für alle Verbraucher teuren Redispatchmaßnahmen und dem Einsatz von teurem Erdgas in der Stromerzeugung entgegenwirken würden. Auch diese möglichen Kostensenkungen verschieben sich damit in die Zukunft.

Der Antrag begehrt daher Auskunft über die aktuelle Situation der Engpassregionen im Land, die Perspektive der Beseitigung dieses Missstandes und die Maßnahmen des Landes in diesem Zusammenhang.